



Deutscher Lehrerverband Hessen	
Landesvorsitzende	An den Eichen 8, 34599 Neuental Tel. 06693-1420 Fax 06693-1394 e-mail: Deutscher-Lehrerverband-Hessen@gmx.de www.dlh-hessen.de
Edith Krippner-Grimme	



Inhalt der dlh-Nachrichten V-2015

Flüchtlinge: Chance und große Herausforderung

Noch etwas vom Bildungsgipfel

Handreichung für Onlinelernplattformen

Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe

Stundenkürzung in gymnasialen Oberstufen, beruflichen Gymnasien und Grundschulen

Schulentwicklungspläne

Einstellungsverfahren in den pädagogischen Vorbereitungsdienst

Zentrale Prüfungen in der FOS

Flüchtlinge: Chance für die Gesellschaft und große Herausforderung für Schulen

Von Seiten der Dienststelle wird berichtet, dass mittlerweile über 13000 Flüchtlinge im Erstaufnahmelager in Gießen angekommen seien. Nach wie vor suche die Dienststelle noch Freiwillige aus dem Bereich der Verwaltung, die sich zur Unterstützung nach Gießen abordnen ließen. Eine erste Fortbildung für Deutsch als Zweitsprache sei kurzfristig für 120 Lehrkräfte angeboten worden, um den ersten zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften zu decken. Bevor die schulpflichtigen Kinder der Flüchtlinge dezentral in die Regionen und dann an die Schulen kommen, müssen diese eine Gesundheitsuntersuchung durchlaufen haben.

Der **dlh** meint, dass die Aufnahme der Flüchtlinge zum Wohle der Beteiligten zügig geschehen sollte. Das Verfahren zur Überprüfung der Bleibeberechtigung sollte rasch durchgeführt werden, damit zum einen unberechtigte Wirtschaftsflüchtlinge zurückgeführt werden können und die wirklich in Not Befindlichen schnell Sicherheit über ihre zukünftige Bleibe bekommen.

Die Voraussetzungen dafür müssen allerdings durch die Bundesregierung geschaffen und die nötigen Ressourcen für die Länder bereitgestellt werden. Dass davon auch ein großer Anteil an die Schulen gehen sollte, um den zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften zu decken, versteht sich aus Sicht des **dlh** von selbst.

Nebenbei bemerkt stellt die jüngste Kürzung an gymnasialen Oberstufen, Grundschulen und die damit verbundene Erhöhung von Klassengrößen ein großes Hindernis für die Aufnahme von Flüchtlingskindern in diese Regelklassen dar. **Der dlh fordert den Hessischen Kultusminister und die Landesregierung auf, die erlassenen Umschichtungen umgehend zurückzunehmen und die zusätzlichen Bedarfe auch aus zusätzlichen zur Verfügung gestellten Mitteln zu decken.**



Das Kultusministerium hat für weitere Informationen einen Link zu <https://fluechtlinge.hessen.de> auf seiner Homepage eingerichtet.

Dort finden sich aktuelle Informationen über die momentane Situation in Hessen.

Noch etwas vom Bildungsgipfel

Nachdem der Bildungsgipfel vorüber ist, fragt sich der **dlh**, was diese von manchen als unterirdisch bezeichnete Veranstaltung nun der Bildung unserer Schüler gebracht hat. Ist man dem erklärtem Ziel eines „Schulfriedens“ in irgendeiner Form näher gekommen? Der **dlh** sagt dazu entschieden **NEIN**. Im Gegenteil: nachdem im Rahmen des so genannten Bildungsgipfels entgegen den Ankündigungen zu Beginn doch eine Schulstrukturdebatte vom Zaun gebrochen wurde und es Verlautbarungen gab, das „Gymnasium müsse überwunden werden“, konnte gegen Ende des Gipfels nicht mehr mit der Einigung auf einen, wenn auch noch so kleinen Minimalkonsens, gerechnet werden.

Auch die in jeder Arbeitsgruppe zutage getretene Forderung nach den entsprechenden Ressourcen blieb unbeantwortet, und man war auch nicht gewillt, diese in die Papiere des Gipfels aufzunehmen. Wobei die Ressourcenfrage *die* Frage war, die einen Großteil der Teilnehmer wie auch den **dlh** und seine Gliedverbände einte: Mehr Ressourcen für Bildung in unserem Land sind gut angelegt. Welche Rohstoffe gibt es denn in unserem Land außer einer hervorragenden Bildung unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen?

Also: Was ist vom Bildungsgipfel geblieben? Eine Menge investierter Arbeitszeit und Ressourcen der Beteiligten. Der **dlh** möchte sich gar nicht vorstellen, welche Projekte man mit diesen Ressourcen hätte stemmen können! Angesichts der Tatsache, dass am Bildungsgipfel neben den Gipfelteilnehmern selbst (Vorsitzende von Verbänden und Parteien, Präsidenten von Industrie und Handelskammern usw.) mehrere Minister, ein Staatssekretär und ein Hochschulpräsident, die Teilnehmer der 5 Arbeitsgruppen mit jeweils mindestens mehreren Dutzend Teilnehmern in ca. 6 Arbeitsgruppensitzungen und ganztägigen Workshops - nicht zu vergessen die Mitarbeiter aus den Ministerien - über ein Jahr beschäftigt waren, ist der Ausgang des Gipfels mehr als dürftig. So betrachtet liegt es nahe, den Gipfel als Desaster zu bezeichnen, da keines der genannten Ziele auch nur ansatzweise erreicht wurde. Wie man von Seiten des Ministeriums darauf kommt, dass der Gipfel ein Erfolg sei (siehe Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 22.06.2015), ist aus Sicht des **dlh** eine gravierende Irreführung der Öffentlichkeit.

Handreichung für Onlinelernplattformen

In der Diskussion ist ein erster Entwurf dieser Handreichung seit der Vorstellung durch die Dienststelle Mitte Juni. Da die Materie teils sehr komplex ist (von rechtlicher wie fachlicher Seite), befindet sie sich momentan mit ersten Anregungen des HPRL in der Überarbeitung. Der HPRL hat sich entschlossen, den Hessischen Datenschutzbeauftragten zur Beratung und Klärung der datenschutzrechtlichen Aspekte hinzuzuziehen.



Nach jetzigem Stand der Dinge kann der **dlh** sagen, dass der vorliegende Entwurf der Handreichung bürokratisch zu sein scheint. Es werden Regelungen, die in verschiedensten Gesetzen vorhanden sind, auf den Schulbereich übertragen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, dass an den Schulen für die teils komplexe rechtliche und fachliche Materie kaum personelle Ressourcen vorhanden sind. Den Fachkolleginnen und Fachkollegen diese formalen, komplexen Aufgaben und den teils anspruchsvollen technischen und fachlichen Aufgaben neben ihrem Lehr- und Unterrichtsauftrag zu übertragen, erscheint vor dem Hintergrund der an Schulen üblichen Deputatsentlastung unrealistisch.

Wie wissenschaftlich mehrfach nachgewiesen, basieren die oft entstehenden Überlastungssituationen im Lehrbereich auf einer ungenügenden Trennung zwischen Privatleben und Beruf. Im Sinne einer wirkenden Gesundheitserhaltung der Lehrerinnen und Lehrer gehören entsprechende Aussagen hierzu in die kommende Handreichung ebenso mit hinein wie Aussagen darüber, dass die Nutzerdaten nicht zu einer Präsenzüberwachung herangezogen werden dürfen.

Der **dlh** ist der Auffassung, dass die didaktische und pädagogische Entscheidungsfreiheit der Lehrkräfte bzgl. der Nutzung von Online-Lernplattformen nicht eingeschränkt werden darf. Lehrkräfte sollten in ihrem Unterricht dann Onlinelehrplattformen einsetzen können, wenn sie es für sinnvoll halten und die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben sind. Für die Festlegung dieser kann die initiierte Handreichung durchaus hilfreich sein.

Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe

Der HPRL hat zu den Sommerferien für alle Fächer die überarbeiteten Kerncurricula für die Sekundarstufe II erhalten. Erste Entwurfsfassungen wurden bereits vom 10. November 2014 bis zum 25. Januar 2015 der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt. Über ein Internetportal konnten Fragen, Rückmeldungen und Kommentare an das HKM gerichtet werden. Im Rahmen dieses informellen Beratungsverfahrens seien nahezu 1000 Rückmeldungen eingegangen.

Die endgültigen Textfassungen der Kerncurricula für die Oberstufe sollen im Herbst 2015 vorliegen und mit Schuljahresbeginn 2016/2017 gültig gesetzt werden. Damit sind sie erstmals im Schuljahr 2018/2019 auch Grundlage für das Landesabitur.

Der HPRL wird im Rahmen seiner Beteiligungsrechte die Kerncurricula für die gymnasiale Oberstufe erörtern. Er wird dies aufgrund der hohen Anzahl exemplarisch anhand einzelner Fächer vornehmen.

Dem **dlh** erscheint die Zahl der Rückmeldungen recht gering; er befürchtet, dass die Kolleginnen und Kollegen, die keine Rückmeldung abgegeben haben, nicht von dieser Möglichkeit der Rückmeldung Gebrauch gemacht haben, weil sie sie als zusätzliche Belastung wahrgenommen haben. Gerade im Zeitraum vor und nach Weihnachten sind die Belastungen vor Ort wegen der bevorstehenden Halbjahreszeugnisse hoch. Weiterhin wartet der **dlh** auf das Beteiligungsverfahren für die Verbände.



Stundenkürzung in gymnasialen Oberstufen, beruflichen Gymnasien und Grundschulen

Diese vom Ministerium mit Umschichtungsnotwendigkeiten begründete Kürzung stellt einen unglaublichen Angriff gegen die betroffenen Schulformen dar. Leider konnten die vielen Proteste vor den Sommerferien noch kein Einsehen bei den Verantwortlichen bewirken. Der **dlh** hofft, dass dies in Kürze geschieht und die Kürzungen in vollem Umfang zurückgenommen werden. Im Übrigen steht die Kürzung im krassen Widerspruch zur Koalitionsvereinbarung, in der auf der ersten Seite bereits die „Verlässlichkeit in der Lehrerausstattung“ steht. Dies scheint für die betroffenen Schulen nun nicht mehr zu gelten, womit die Koalitionsvereinbarung in Teilen bereits als Makulatur erscheint. Der **dlh** hält es für mehr als schleierhaft, dass man angesichts solcher Maßnahmen beim Bildungsgipfel daran glauben konnte, einen zehnjährigen Schulfrieden erreichen zu können.

Auch die Auswirkungen der Kürzungen sind bereits an den Schulen sichtbar: Kurs- und Klassengrößen bis 30 Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe findet man in diesem Schuljahr an vielen Schulen – auch viele Leistungskurse haben mittlerweile eine Teilnehmerzahl von 25 oder mehr erreicht. Wie bei solchen Kursgrößen adäquater, qualifizierter Oberstufenunterricht umgesetzt werden soll, bleibt mal wieder an der Lehrkraft hängen. Der **dlh** stellt die Frage, welche Belastungen die Lehrkräfte eigentlich noch schultern sollen. Durch viele in der Vergangenheit eingeführte Maßnahmen und ausufernde Bürokratie arbeiten viele Lehrkräfte bereits an ihrer Belastungsgrenze. Dies durch neue Maßnahmen weiterhin zu steigern, schlägt dem Fass den Boden aus. **Der dlh fordert, dass für zusätzliche Maßnahmen immer auch zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen.**

Der **dlh** fordert den Hessischen Kultusminister unmissverständlich auf, die Kürzungen umgehend zurückzunehmen.

Schulentwicklungspläne

In letzter Zeit wurden vom HPRL einige Schulentwicklungspläne zur Kenntnis genommen. Weitestgehend wurden diese ohne große Diskussionen verabschiedet, was für die gute Arbeit der entsprechenden Abteilung im HKM spricht. Dass natürlich auch Konflikte bei Schulentwicklungsplänen mit besonderer politischer Brisanz entstehen, hält der **dlh** für normal, und es würde ihn wundern, wenn diese dann nicht diskutiert werden würden.

Einstellungsverfahren in den pädagogischen Vorbereitungsdienst

Das aktuelle Einstellungsverfahren in den pädagogischen Vorbereitungsdienst zum 1.11. wird leider voraussichtlich für eine Mehrzahl der Bewerber negativ (d. h. ohne erstes Einstellungsangebot) ausgehen. Der Unterschied zu den vorhergehenden Verfahren ist, dass nun neben der hohen Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern mit dem Lehramt an Gymnasien, die ohne Angebot bleiben (über 800), auch vermehrt Bewerberinnen und Bewerber anderer Lehrämter (Haupt und Realschullehramt) ohne Angebot bleiben (über



300). Die Angebotslage in den Förderschulen und den beruflichen Schulen sieht nach wie vor gut aus, hier konnten alle Bewerberinnen und Bewerber im Hauptverfahren ein Angebot erhalten. Insgesamt gab es im Verfahren über 2300 Bewerbungen, davon allein fast 1400 mit gymnasialem Lehramt. Einige Angebote werden zwar im Nachrückverfahren noch herausgehen, aber im Großen und Ganzen stellt sich die Lage für die Betroffenen als sehr unerfreulich dar.

Im gymnasialen Bereich zeichnet sich schon länger ab, dass es in den folgenden Jahren, auch aufgrund der neuerlichen Kürzungen in diesem Bereich, massive Bewerberüberhänge geben wird. Gute Chancen haben trotz alledem in diesem Bereich die Fächer Chemie, Deutsch als Zweitsprache, Griechisch, Informatik, Kunst und Physik. Hier wurde in diesem Verfahren allen Bewerbern ein Angebot unterbreitet.

An den beruflichen Schulen hingegen fehlt es an LiV. Alle Bewerberinnen und Bewerber erhielten ein Angebot. Die Zahlen zeigen insbesondere, dass in den technischen Fachrichtungen, wie etwa Elektrotechnik, Bautechnik, Metall immer noch zu wenige Studienabschlüsse für das Lehramt getätigt werden. Dem Fortbestand des gelobten dualen Systems in der Berufsausbildung fehlt es an entsprechend ausgebildeten Lehrkräften. Der Nachwuchs im Bereich Wirtschaft und Verwaltung ist von allen möglichen Berufsfeldern noch am stärksten vertreten.

Der **dlh** kann den jungen Referendaren und LiV raten, sich ggf. einen Wechsel des Lehramtes zu überlegen. Wie schon wiederholt in den vergangenen **dlh**-Nachrichten unter dieser Rubrik darauf hingewiesen, wird in absehbarer Zeit keine Besserung eintreten, solange die Stellensituation nicht korrigiert wird. Dies erfordert allerdings wie vieles andere auch zusätzliche Ressourcen. Der vom **dlh** geforderte Stellenkorridor wird sich ohne diese nicht umsetzen lassen, solange von den politisch Verantwortlichen im Bildungsbereich kein Umdenken und keine Umsteuerung stattfinden. **Der dlh setzt sich dafür ein, dass in den nächsten Jahren wenigstens die Besten eines jeden Jahrgangs auch die Chance bekommen, in den Schuldienst aufgenommen zu werden.**

Zentrale Prüfungen in der Fachoberschule (FOS)

Ab dem Schuljahr 2016/2017 werden alle Klassen der FOS, ob in einjähriger oder zweijähriger Form, erstmals einer zentralen Prüfung unterliegen. Eigens dafür gegründete Kommissionen sollen ab Oktober Prüfungsaufgaben erstellen, ohne dass bisher einheitliche Prüfungsanforderungen oder Standards existieren. Für den **dlh** bleiben noch viele Fragen offen, z. B. welche Änderungen zu erwarten sind und ob es Änderungen in den Rahmenlehrplänen geben wird, die besonders für die jetzt schon im Schuljahr 2015/2016 gestartete zweijährige Form von Bedeutung wären. Der Zeitvorlauf für die zentrale Prüfung scheint dem **dlh** zu knapp bemessen. Der HPRL strebt an, alle offenen Fragen mit der Dienststelle zu erörtern.

gez. Jürgen Hartmann

